



Änderungsantrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

zu „Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz 2021 “ (Drucksache 19/3360)

Umsetzung der Beschlüsse der digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) 2021

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.10.2021 („Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz 2021“), Drs. 19/3360, wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 3 wird folgende Änderung vorgenommen:
Das Wort „Demokratische“ wird durch das Wort „demokratische“ ersetzt.
2. In Abs. 4 wird Satz 1 wie folgt neu gefasst:
Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt aufs Schärfste die Erpressungsversuche des belarussischen Präsidenten Lukaschenko und bittet die Landesregierung, alle zur Verfügung stehenden Gesprächskanäle zu nutzen, dies zu kommunizieren.
3. In Abs. 4 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
Diese Versuche, Europa und die Grenzregion zu destabilisieren, dürfen nicht gelingen.
4. In Abs. 4 wird in Satz 3 folgende Änderung vorgenommen:
Das Wort „der“ wird durch das Wort „von“ ersetzt.
5. In Abs. 4 wird in Satz 5 folgende Änderung vorgenommen:
Das Wort „Europäischer“ wird durch das Wort „europäischer“ ersetzt.

6. In Abs. 6 wird der 2. Unterpunkt wie folgt gefasst:
die Demokratie, die freien Medien und die Meinungs- und Redefreiheit in einer sich verändernden Medienlandschaft zu schützen und insbesondere junge Menschen durch eine Ausweitung der Medienkompetenzförderung in die Lage zu versetzen, kritisch zu denken und sie zu motivieren, sich an politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen sowie

Regina Poersch
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW